

Wir sind es aber unserem Volk schuldig, sofort wenigstens einen Teil des angerichteten Schadens durch das Vermögen der alten SED begleichen zu lassen.

(Beifall bei der CDU/DA-Fraktion und der SPD-Fraktion)

Nicht die Arbeiter in den Betrieben, nicht die Bauern auf dem Lande und nicht die Rentner tragen die Schuld an dem desolaten Zustand unserer Volkswirtschaft. Sie dürfen nicht noch einmal betrogen werden. Ihnen darf man die Lasten nicht ein weiteres Mal aufbürden.

(Zuruf: Hoffentlich vergessen Sie das nicht.)

So wird es sein. Arbeiter haben mir vor einigen Tagen gesagt: „Holen wir uns von denen die notwendigen Mittel, die sie uns 40 Jahre lang entwendet haben!“

(Bravo, Beifall von CDU/DA DSU, SPD)

Sie haben weiter gesagt: „Nicht Almosen wollen wir haben. Wir wollen das haben, was uns zusteht.“ - Und das, meine Damen und Herren, ist der Wille des Volkes.

(Glocke des Präsidenten)

Mit diesen Mitteln können wir dann wenigstens einen kleinen Teil unserer Betriebe rekonstruieren und die dringendsten Nöte im Gesundheitswesen zu lindern versuchen. Damit können wir sozialen Nöten begegnen und unseren Rentnern das geben, was sie nach einem arbeits- und entbehrungsreichen Leben verdient haben. Ich muß leider aufhören. Danke schön.

(Beifall, vor allem von CDU/DA, DSU)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höpcke:

Als nächster spricht für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Höpcke.

Abg. Höpcke (PDS):

Herr Präsident! Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! In der Regierungserklärung ist das Verhältnis zwischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Ablösung der Militärbündnisse mittels bündnisübergreifender Strukturen als Beginn eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems berührt worden. Ich nehme an, Sie, Herr Ministerpräsident de Maizière, haben die Minister Meckel und Eppelmann gebeten, die Untersuchungen und Überlegungen zu diesem Thema weiterzuführen. Auch einige Ausschüsse dieses Hohen Hauses, darunter der Koordinierungsausschuß für deutsche Einheit, dem anzugehören ich die Ehre haben soll,

(Zuruf von der SPD: Ach, der Chefzensor!)

könnten sich damit beschäftigen.

Lesarten gibt es zu Geschriebenem, Lesarten gibt es auch zu Weggelassenem. Daß in der Regierungserklärung das Vorhaben, die NATO um die DDR zu erweitern, weggelassen wurde, lese ich als Ausdruck einer wichtigen Erkenntnis, der Erkenntnis nämlich, daß eine solche Operation die Ausgewogenheit der internationalen Folgen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verletzen würde. Von einer Wahrung der Sicherheitsinteressen unserer Nachbarn und der UdSSR könnte stimmige Rede oder, um es auch moralisch zu sagen, ehrliche Rede nicht mehr sein.

Für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird von der Regierung eine sehr kurze Zeit ins Auge gefaßt. Nun ist die Frage, wie sie genutzt wird, die Konfrontation der Staatengruppierungen abzubauen. Von einem solchen Denkansatz her gelangt man, unvoreingenommene Folgerungsbereitschaft vorausgesetzt, nicht zum abwegigen Einfall, die eine der Organisationen auf Kosten der anderen zu stärken, sondern zu dem Vorschlag, die Vereinigung der deutschen Staaten mit der Schaffung neuer europäischer Sicherheitsstrukturen zu verbinden, ja

letztere zu einem Bestandteil ersterer zu machen, und zwar so, daß beide nur miteinander, nicht nacheinander oder gar ohne einander bzw. gegeneinander funktionieren.

In der in Bonn erscheinenden Halbmonatsschrift „Europa-Archiv“ sind kürzlich in Heft 6 vom 25. März 1990 von Prof. Dr. Manfred Müller, Potsdam, einige Vorstellungen darüber erläutert worden, welche Elemente zweckmäßigerweise zu neuen europäischen Sicherheitsstrukturen gehören könnten. Bei den politischen Rahmenbedingungen betont er die Notwendigkeit eines Systems politischer Konfliktverhütung und obligatorischer Streitbeilegung einschließlich der Schaffung entsprechender Mechanismen. Im militärischen Bereich tritt er für eine integrative Struktur der Streitkräfte ein. Dazu könnten regionale Gruppierungen geschaffen werden, die nicht mit den nationalen Grenzen identisch sein müssen. Auch sind multinationale Verbände denkbar. Einem Ministerkomitee sollte die oberste Verantwortung übertragen werden, schlägt Prof. Müller vor.

Die deutschen Truppen rät er zunächst auf 200 000 Bundeswehrangehörige und 50 000 Angehörige der Nationalen Volksarmee zu reduzieren. Damit entspräche die Truppenstärke Deutschlands ungefähr jener, die einige seiner Nachbarn - Frankreich, Italien und Polen - jeweils besitzen. Ein erster spürbarer Schritt zur Entmilitarisierung wäre getan. Die zeitweilig auf deutschem Boden verbleibenden Truppen der UdSSR und der USA könnten je 50 000 Mann umfassen.

Wichtig wäre auch, daß Deutschland sich zum dauerhaften Nichtbesitz und zur Nichtstationierung von Massenvernichtungswaffen verpflichtet und auf eigene Kernwaffenträger verzichtet. Hinzu kommen offene Berichterstattung, Begrenzung von Übungen sowie weitere Maßnahmen der Vertrauensbildung und Kontrolle für alle Teilnehmerstaaten.

Weiterführende Abrüstungsmaßnahmen sollen unter anderem auf die Halbierung der Streitkräfte aller europäischen Staaten bis zum Ende des Jahrzehnts und auf die Beseitigung aller Kernwaffen vom europäischen Kontinent orientiert sein.

Ich finde es wohlthuend, wenn Politiker in Bonn wie in Berlin bei der Formulierung, daß statt eines deutschen Europas ein europäisches Deutschland anzustreben sei, sich gleichermaßen auf Thomas Mann berufen. Da seine Worte gelegentlich in allzu bruchstückhafter Verknappung zitiert wurden, erlaube ich mir, Ihnen die authentische Fassung vorzutragen:

„Es war“, schrieb er, „das Europäische auf deutsch, was ich in ihnen“, er spricht von den deutschen Dichtern, „fand, ein europäisches Deutschland, welches immer das Ziel meiner Wünsche und Bedürfnisse bildete, sehr im Gegensatz zum deutschen Europa, dieser Schreckensinspiration des deutschen Nationalismus, die mir von je ein Grauen war und die mich aus Deutschland vertrieb.“

Die Minute zwischen dem freundlichen Holzglöckchen aus Afrika und dem metallischen Schlußzeichen benutze ich, um zwei Sachen zu sagen: Erstens hätten wir uns gefreut, wenn seitens eines der Redner aus der sozialdemokratischen Fraktion heute die Nachricht gekommen wäre, daß diese Schalck-Story eine Erfindung war. Jugendradio DT 64 informierte, daß der in der Volkskammer verlesene Brief durch eine Münchener Satirezeitschrift an mehrere Bürgermeister gerichtet worden war, um festzustellen, wie weit man mit der Marktwirtschaft gehen kann. Und ich füge hinzu, offensichtlich hatten sie nicht noch mit eingerechnet, wie weit man auch mit einem noch nicht so geübten Parlament gehen kann.

Was die Anwürfe angeht, die vom letzten und vorletzten Redner gekommen sind, möchte ich nur daran erinnern, daß wir in der politischen Geschichte der jüngsten Zeit schon mal mit einem Vergleich zu tun hatten, den nämlich Kanzler Kohl über Gorbatschow und Goebbels gemacht hat, und das tut nicht gut in der politischen Kultur.

(Beifall bei PDS und SPD)